

Mai 2013

Newsletter von Dr. Cornelia Ernst

Delegation DIE LINKE. in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)

DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT

GUE/NGL
Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Parlamentarische Fraktion - EUROPÄISCHES PARLAMENT

Auf Spurensuche - Study Days in Irland

Am 13. Mai dieses Jahres war es wieder soweit. Anlässlich der irischen Ratspräsidentschaft trafen sich die Abgeordneten der **GUE/NGL** Fraktion des europäischen Parlamentes in Irland. Getroffen haben sich die MdEP's dabei sowohl in Derry (Nordirland), als auch in der Landeshauptstadt Irlands, Dublin.

Gemeinsam mit internationalen Gästen und regionalen Akteur_innen, darunter Joe Higgins TD, der stellvertretende Erste Minister Martin McGuinness, Declan Kearney der Nationale Vorsitzende der Sinn Féin und Jacqueline Healy vom Nationalen Frauenrat, wurde über die aktuelle Lage Irlands diskutiert. Im Fokus der Debatten



standen neben der anhaltenden Finanzkrise und deren Folgen, der Nordirlandkonflikt, welcher 1972,



im so genannten „Bloody Sunday“, seinen tragischen Höhepunkt fand. Neben den Ursachen des Konfliktes stand insbesondere der internationale Prozess des Friedens, verbunden mit konkreten Handlungsoptionen, im Mittelpunkt der Debatten. In einem politischen Rundgang durch Derry, begaben sich die Abgeordneten auf Spurensuche des Konfliktes und besuchten das dortige Bloody Sunday Museum. Neben eindringlichen Zeugnissen, die von der ungeheuren Brutalität der dortigen Auseinandersetzungen zeugten, waren es vor allem die Menschen vor Ort und die Berichte von Angehörigen, die tief berührten.

Zugleich verdeutlichte der Besuch in Derry, wie enorm wichtig es ist, den Friedensprozess unablässig aufrechtzuerhalten und zu stärken. Ein weiterer Punkt auf der Tagesordnung, der eine Woche dauernden Studientage, war das Recht auf Abtreibung, denn diese ist in Irland nach wie vor illegal. Welche fatalen Auswirkungen dies zur Folge hat, zeigte sich an dem tragischen Tod von Savita Halappanavar, die infolge des Verbotes einer lebensrettenden Abtreibung im Dezember 2012 ums

Leben kam. In Reaktion hierauf hatten sich 20.000 Iren an landesweiten Protesten beteiligt. Zu den Gästen dieses Panels gehörten Sinéad Redmond (Abortion Rights Campaign), Jacqueline Healy (National Women's Council) und Niall Behan von der irischen Assoziation zur Familienplanung.

Konsens der Diskussionen war die Notwendigkeit sich für das Recht auf Abtreibung stark zu machen, weiterhin für das Recht der Frau auf körperliche Selbstbestimmung zu kämpfen und sich gegen eine Kriminalisierung derer Frauen einzusetzen, die sich für eine Abtreibung entscheiden. In einem abschließenden Panel, moderiert von Thomas Händel (MdEP), wurde nach Strategien und ökonomischen Alternativen zur aktuellen Krise gefragt und gleichsam über die jetzigen Herausforderungen der LINKEN, auch in Regierungsverantwortungen, diskutiert.

Gastgeber_innen der diesjährigen Studientage waren Paul Murphy (MdEP), Mitglied der Socialist Party und Martina Anderson (MdEP) von Sinn Féin. Wir bedanken uns an dieser Stelle für die gelungene Woche, sowie die spannenden Diskussionen.

Vater, Mutter, Kind? - CSD Woche in Dresden



Im Rahmen der CSD Woche Dresden, habe ich Bürger_innen und Initiativen in mein Europabüro eingeladen, um über die Gleichstellung von Lebensentwürfen zu debattieren.

Auftaktveranstaltung war eine Podiumsdiskussion, bei welcher ich den Gerede e.V., Enrico Stange (MdL DIE LINKE) und Margot Gaitzsch (LAG Queer) als meine Gäste begrüßen konnte. Tags darauf lud die Bundestagsfraktion zum 1. Queer Empfang in mein Bürger_innenbüro. Dabei sprachen Katja Kipping, Barbara Höll und ich zusammen mit lokalen Akteur_innen über Probleme auf Bundes- und Europaebene sowie darüber, was wir als LINKE fordern. Das projektTheater Zittau begeisterte mit eigenem Stück zum Thema.

Rückblickend schaue ich auf eine gelungene Woche, sehe aber auch die ständige Notwendigkeit sich für die Gleichstellung und Gleichberechtigung aller Menschen und Lebensentwürfe einzusetzen.

Europäisches Parlament
Delegation DIE LINKE. in der GUE/NGL
Rue Wiertz, ASP 6F154
B-1047 Brüssel
cornelia.ernst@europarl.europa.eu
Manuela Kropp: +32 (0)228-47660
Lorenz Krämer: +32 (0)228-37660
Fax: +32 (0)228-49660
manuela.kropp@europarl.europa.eu
lorenz.kraemer@europarl.europa.eu

Büro Dresden
Schweriner Straße 50a
01067 Dresden
Tel.: +49 (0)351-42690005
Fax: +49 (0)351-20699046
Jan Robert Karas
Susanna Karawanskij
Anja Eichhorn
europa@cornelia-ernst.de

Büro Leipzig im linXXnet
Bornaische Straße 3d
04277 Leipzig
Tel.: +49 (0)341-3081199
Juliane Nagel
juliane.nagel@linxxnet.de
Büro Chemnitz im Rathaus
Lohstraße 2
09111 Chemnitz
bei Anfragen:
Tel.: +49 (0)351-42690005
europa@cornelia-ernst.de

Europakontaktbüro Bautzen
Seminarstraße 5
02625 Bautzen
Tel./Fax: +49 (0)3591-270561
Ilona Messer
bautzen@cornelia-ernst.de

Newsletter von Dr. Cornelia Ernst

Delegation DIE LINKE. in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)

Mai 2013

DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT

GUE/NGL
Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Parlamentsfraktion - EUROPÄISCHES PARLAMENT

Asylpaket - Enttäuschung auf ganzer Linie



Nach 5 Jahren Verhandlungen wird das Europäische Parlament auf seiner nächsten Sitzung im Juni das sogenannte Asylpaket beschließen. Gemeint sind damit Änderungen an 5 verschiedenen europäischen Regelungen, die die drei "Mindestnormen"-Richtlinien betreffen, die europaweite Mindeststandards festlegen was die Aufnahmebedingungen für Asylbewerber_innen, die Asylverfahren und anerkannten Asylgründe angeht. Dazu kommt die Dublin-Verordnung, die regelt, welches EU-Land für eine Asylbewerber zuständig ist, und die EURODAC-Verordnung für die gleichnamige Datenbank, die die Fingerabdrücke aller Asylsuchenden in der EU enthält um zu verhindern, dass Anträge mehrfach gestellt werden.

Das Asylsystem ist von Flüchtlings und Menschenrechtsorganisationen viel kritisiert worden. Im Mittelpunkt der Kritik stand und steht zu Recht die Dublin-Verordnung. Mit der Grundregel, dass für einen Asylbewerber der Mitgliedstaat zuständig ist, wo der oder die Betreffende als erstes in die EU eingereist ist, wird eine Situation geschaffen, die zu Lasten der Asylbewerber_innen und der südlichen und östlichen EU-Mitglieder geht. Das ist so, weil sie die ersten Länder sind, die die allermeisten Asylbewerber_innen erreichen. Also müssen sich Griechenland, Italien und Malta um diese Menschen kümmern, während andere Länder im Norden fein raus sind.

Die überwiegende Mehrzahl der Abschiebungen in der EU sind sogenannte Dublin-Abschiebungen, bei denen Antragsteller_innen dorthin abgeschoben werden, wo die Behörden laut Dublin-Verordnung für sie zuständig sind. Die Zielländer sind wie gesagt meistens Griechenland oder Italien. DIE LINKE, Flüchtlingsverbände und Menschenrechtsorganisationen fordern seit Langem, dass dieses unfaire System abgeschafft wird und durch eines ersetzt wird, das die Interessen der Asylbewerber_innen besser berücksichtigt. Zeitweise wurde immerhin diskutiert, in die Dublin-Verordnung eine Klausel einzuführen, die die Abschiebungen in Länder mit unwürdigen Bedingungen für die Asylsuchenden verboten hätte. Mit den Innenministern der EU-Länder war das aber nicht zu machen. Am Ende konnte man sich zwar auf ein paar Verbesserungen für die Asylsuchenden einigen, das unfaire Grundprinzip des Dublin-Systems bleibt aber bestehen, nicht einmal die verbindliche Aussetzung von Abschiebungen in Länder wie Griechenland schaffte es in den Kompromiss.

Die Kritik an den drei "Mindestnormen"-Richtlinien wurde selbst von der Europäischen Kommission geteilt. Die gab 2008 als Grund für die geplanten Nachbesserungen an, dass die Mindestnormen nicht präzise genug formuliert seien, zu viele Schlupflöcher enthielten und die Umsetzung durch die Mitgliedstaaten entsprechend unbefriedigend sei. Das Europaparlament wollte noch weiter gehen und veränderte den Text entsprechend, dem Ministerrat ging jedoch schon der Kommissionsvorschlag viel zu weit. Ein jahrelanges hin und her folgte. Das, was nun als verhandeltes Ergebnis auf dem Tisch liegt und demnächst in Straßburg beschlossen werden soll, ist ziemlich enttäuschend. Zwar gibt es auch



hier Verbesserungen, die meist Details betreffen, aber auch konkrete Verbesserungen für Asylbewerber_innen schaffen werden. Gleichzeitig wurden jedoch viele Möglichkeiten der Inhaftierung von Asylsuchenden be-

schlossen. Nicht einmal das lange überfällige Verbot der Inhaftierung von Minderjährigen war für die Minister der Mitgliedstaaten akzeptabel – ein Armutszeugnis für den Umgang mit Menschenrechten in Europa.

Den Innenministern im Rat war mehr daran gelegen, die Rechte ihrer Behörden auszuweiten, als die der Asylbewerber_innen. An den schrecklichen Bedingungen, unter denen viele Menschen in griechischen Haftanstalten eingesperrt sind, wird sich mit diesem Ergebnis auch in den nächsten Jahren nicht viel ändern.

Kriminalität in den grenznahen Regionen

Am 31. Mai 2013 habe ich zusammen mit Dr. André Hahn (MdL DIE LINKE) zu einem offenen Diskussionsforum in den Gasthof Hertigswalde eingeladen. Mit fachkompetenten Vertreter_innen des öffentlichen und politischen Lebens haben wir über das Problem der Kriminalität in den Grenzgebieten gesprochen und darüber, was wir als LINKE tun können. Diskutiert wurde zudem über Ursachen und Handlungsoptionen auf kommunaler und Landesebene. Neben Betroffenen und interessierten Bürger_innen, waren die Stadtoberhäupter von Sebnitz und Dolny Poustevna und Vertreter_innen der Dresdner sowie lokalen Polizei als Gäste auf dem Podium.

Alle Info's zur politischen Arbeit von Cornelia Ernst findet ihr unter: www.cornelia-ernst.de

(Bildrechte Seite 1: @Olivier Hansen, GUE/NGL: (Flickr.com)) Seite 2: Bilder @Lorenz Krämer, Lampedusa 2008.